

Bräuer-Beitrag.

Offizielles Organ aller organisierten Brauereiarbeiter.

Sämtliche Briefe sind zu adressieren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Kagerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1247. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christenburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: E. Stöckel, Frankfurt a. M., Obhenkstraße Nr. 32. Vorsitzender der Preis-Kommission: D. Brandt, Linden-Hannover, Wittelsbacherstraße 20, 1. Etage.

Nr. 5.

Hannover, den 1. Februar 1901.

11. Jahrgang.

Kollegen, werbet unablässig und mit Ruhe und Ueberlegung neue Mitglieder! Ein jedes Mitglied muß Agitator sein!

Die Dirigenten der Sozialreform.

Erst unlängst wurde von der Presse die skandalöse Affäre besprochen, daß das Reichsamt des Innern bei dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem berüchtigten Scharfmacherverband, um 12 000 Mk. Bettelging, um das „Zuchthausgesetz“ zur Anhebung der Arbeiter der öffentlichen Meinung“ mundgerecht zu machen, für dasselbe zu „agitieren“. Es hat sich hierbei die Willfährigkeit der Regierung, alle Wünsche der Scharfmacher zu erfüllen, ihren Willen zu gehorchen, aufs Deutlichste gezeigt. Nunmehr veröffentlicht der „Vorwärts“ einen weiteren Brief des Geschäftsführers des Scharfmacherverbandes an Herrn Reichsrath von Häfner, aus welchem hervorgeht, daß die Willfährigkeit, dem Willen der Scharfmacher zu gehorchen, noch viel weiter ausgebreitet ist, als die „gutgefundenen“ Leute zugeben möchten; daß die ganze Sozialreform, soweit die Thätigkeit der Regierung reicht, von dem Wunsch und dem Willen der allmächtigen Ausbeutergruppe abhängt; daß die Sozialreform zum Schutze der Arbeiter nur so weit getrieben wird, als diese Ausbeuter zu gestatten ruhen. Der Brief lautet im Auszuge folgendermaßen:

„Daß wir endlich doch Herrn von Berlepsch klein bekommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt; Ihrem Wunsche, über den neuen Handelsminister etwas zu hören, komme ich soweit ich bisher im Stande bin, in Folgendem nach. Zunächst mein persönliches Verhältnis zu demselben betreffend, so kenne ich Herrn Bresfeld nicht nur von meiner sechsjährigen Thätigkeit im Staats-Eisenbahnamt, dessen Vorsitzender er war, und Abgeordneter, sondern ich bin auch in gesellschaftlicher Beziehung mit ihm in Verkehr gewesen. Bresfeld und mein Schwiegersohn Gruse sind nämlich alte Jugendfreunde, B. ist bei der Hochzeit in meinem Hause gewesen, und ich bin häufig bei Gruse mit ihm zusammengewesen, wo wir freundschaftlich mit einander verkehrt haben. Meine persönlichen Beziehungen zu dem neuen Handelsminister sind demnach gut und ich empfand dies auch bei einem ihm gestern abgestatteten Besuche. Ich wurde sehr freundlich empfangen und auf meine Anrede, daß ich gekommen sei, um meine Glückwünsche abzustatten und dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß das Handelsministerium mit dem Zentralverband freundschaftliche Beziehungen unterhalten möge, erwiderte er, daß, soweit seine Person dazu herangezogen in der Lage sei, dies der Fall sein soll. Er fuhr dann fort, daß er alles auf große Nachsicht würde rechnen müssen, denn wenn er vorher hätte übersehen können, auf wie vielen Gebieten seines Ressorts ihm die notwendige Erfahrung und Kenntnis fehle, so würde er noch größere Bedenken gehabt haben, das Amt zu übernehmen; unter den Schwierigkeiten schien er auch zu verstehen, daß, wie er sagte, „ein gewisses Abweichen von dem bisherigen System mit zu seiner Aufgabe gehöre“; damit war mir der gewünschte Anlaß gegeben, die bisherige Richtung des Handelsministeriums in den sozialpolitischen Fragen in die Besprechung zu ziehen, worüber wir uns etwa 1/2 Stunden unterhalten haben. Ich nähme keinen Anstand, zu erklären, daß die Ablehnung des im Uebrigen ganz vernünftigen Handelskammer-Gesetzes hauptsächlich gegen die weiteren Pläne des Herrn v. Berlepsch gerichtet gewesen sei, und zwar hauptsächlich gegen die von ihm geplante Organisation der Arbeiter. Die Gefährlichkeit dieser extremen Maßregel erkannte er vollkommen an. Ich legte eingehend den Standpunkt des Zentralverbandes zur sozialpolitischen Gesetzgebung auseinander, betonte, daß wir dieselbe thätig unterstützen und gefördert haben, bezeichnete aber auch die Punkte, in denen man unsere Grundsätze bereits zu weit gegangen sei. Die Stellung des Herrn Bresfeld läßt sich nun etwa wie folgt charakterisieren. Primo loco ist er von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die Lage der arbeitenden Klasse gegen früher ganz außerordentlich gebessert habe, daß sie als eine vollkommen befriedigende bezeichnet werden müsse und daß die von gewisser Seite ausgehenden Klagen über die traurige Lage der Arbeiter ein Unfug sei. Daher sei er dafür, jetzt in dem Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Ruhe eintreten zu lassen und das sei auch die Ansicht des Kaisers. Dabei unterließ ich nicht, Rohmann als den zu bezeichnen, der von weitgehenden sozialistischen Ideen befangen, wohl das treibende Element in der bisherigen Richtung gewesen sei und um so mehr habe durchdringen können, da Berlepsch, vielleicht nur in Folge der Bewegung zur Zeit, als er in das Amt eintrat, sich vollständig geistesverwandt mit Rohmann erwiesen hat. Ich schide voran, daß Bresfeld mit Rohmann sehr befreundet ist und auf „Du“ mit ihm steht. Herr Bresfeld schien mich bezüglich des genannten Herrn mit der Bemerkung beruhigen zu wollen, daß Rohmann, mit dem er voraussichtlich oft in Meinungsverschiedenheiten sein werde, doch nachgibt, wenn er sich bei seinem Chef einem ernstlichen Willen gegenüber befindet; auf diese Eigenschaft Rohmann's

habe ihn auch schon Berlepsch aufmerksam gemacht und auch er habe bereits Gelegenheit gehabt, sie zu erkennen. Im Uebrigen gilt Bresfeld als ein ruhiger erster Mann mit festem Charakter und festem Willen und so weit ich die Sache zu übersehen vermag, können wir mit dem Tausch wohl zufrieden sein. Wir schieden, ich möchte fast sagen, in freundschaftlicher Weise, er ersuchte, auch ihm im gegebenen Falle mit Rath und That zur Seite zu stehen und ließ zu ihm zu kommen, wenn wir irgend Etwas haben. . . .

Mit hochachtungsvoller Empfehlung zeichne ich
Ihr sehr ergebener
S. A. Bued.

Herr v. Berlepsch, den Herr Bued sich rühmt „klein gekriegt“ zu haben, und den er als „geistesverwandt“ mit Herrn Rohmann mit seinen „weitgehenden sozialistischen Ideen“ bezeichnete, hat das Verbrechen begangen, für Bagatell-Verbrechen zum Schutze der Arbeiter einzutreten. Deshalb zog er sich den Haß der Industriefeinde an, er wurde „klein“ gemacht und an seine Stelle trat Herr Bresfeld, der persönliche Freund des bezahlten Agitators der Scharfmacher. Das war der rechte Mann nach ihrem Herzen, der nicht nur ihre Ueberzeugung theilte, sondern auch nach ihrer Pfeife tanzte. Er brachte die Ueberzeugung mit sich in sein Amt, daß die Lage der arbeitenden Klasse eine „vollkommen befriedigende“ sei. Woher er diese Ueberzeugung erhalten, ob bei einer Flasche Sekt mit Herrn Bued oder durch den Genuß seines schönen Gehalts, hat er nicht verrathen. Nun, die Arbeiterklasse hat die volle Ueberzeugung, daß Herr Bresfeld nach dieser Aussage nicht den blauen Dunst von Kenntniß der Lage der arbeitenden Klasse hat. Nur als wohlbestallter Klassengenosse Bued's ist diese Ueberzeugung erklärlich. Die Tausende Berelender, die Hunderttausende ständig Arbeitsloser, die Millionen bei unzureichenden Löhnen und überlanger Arbeitszeit arbeitenden Arbeiter kennt Herr Bresfeld nicht, sein schönes Gehalt schützt ihn vor einer solchen „Ueberzeugung“.

Die Arbeiterreformpolitik, die 1890 angekündigt wurde, ist denn auch nach einigen kleinen Versuchen wieder eingeschlafen. Der Zentralverband der Industriellen wollte mehr „Ruhe“ im Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung haben. Herr Bresfeld ist sehr gern bereit dazu, „das sei auch die Ansicht des Kaisers“. Das ist nicht zu verwundern angesichts solcher Rathgeber, mit den Scharfmachern im Hintergrund, die „Nets zu ihm, dem Minister, kommen“ sollen, „wenn sie irgend etwas haben“, um ihn zu — instruieren. Der „Sozialreform“ folgte dann auch das — Zucht- hausgesetz, das Produkt der Scharfmacher in Gemeinschaft mit ihren Handlangern, den Ministern der — Sozialreform von Scharfmachers Gnaden, Die „Frankf. Ztg.“ schreibt hierzu:

„Posadowsky-Bresfeld! Die Wahl kann einem weh thun. Der Eine geht an den Zentralverband, um 12 000 Mark zur Agitation für die Zuchthausvorlage zu bekommen, der Andere läßt sich vom Generalsekretär des Zentralverbandes über Sozialpolitik examinieren, und Herr Bued bestätigt ihm, daß er das Examen gut bestanden, . . . wir, der Scharfmacherverband, können mit dem Tausch wohl zufrieden sein. . . . Nein, so hat man sich unsern Minister doch nicht vorgestellt. . . . Der preussische Minister für Sozialpolitik antisozial, kann man sich einen größeren Widerspruch denken? Und antisozial in der vollkommensten Weise, denn wenn die Lage der Arbeiter „vollkommen befriedigend“ ist, dann bleibt natürlich für sie zu thun nichts übrig und Herr Bresfeld kann mit gutem Gewissen die Hände in den Schoß legen. Aber, warum sollte er heute schon einsehen, daß die Lage der Arbeiter doch noch Einiges zu wünschen übrig läßt, wenn Graf Posadowski hinter den 12 000 Mark nichts Böses erblickt? Das also sind unsere Minister für Sozialpolitik: Posadowsky-Bresfeld.“

Ja, wenn der Scharfmacher-Verband es zuliesse, könnten wir uns etwas anderes „Minister der Sozialreform“ erfreuen, jetzt leitet dieser noch das Schiffchen der „Sozialreform“; ob mit diesem oder anderen Ministern — von seinen Gnaden sind sie doch. — Die Arbeiter werden es nun auch verstehen, warum die Sozialreform so schneidemäßig vorwärts geht, da ja ihre Lage eine vollkommen befriedigende sein soll.

Man sträubt sich!

Auf die in Kulmbach eingereichten Forderungen haben die Herren Arbeitgeber endlich am Donnerstag, den 24. Januar, im „Kulmbacher Tageblatt“ Antwort

ertheilt und zwar in einem auch für den größten Pessimisten keineswegs befriedigendem Sinne. Die Antwort ist charakteristisch in mancher Beziehung und lassen wir sie dem vollen Wortlaut nach folgen, aber wir werden sie an den entscheidenden Stellen auf ihre Stichhaltigkeit prüfen:

An alle Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter Kulmbachs. Auf die Forderungen, welche gegen Mitte dieses Monats durch Zuschrift des Zweigvereins des Zentralverbandes deutscher Brauer und Berufsgenossen an die meisten hiesigen Brauereien und Mälzereien gestellt worden sind, wird Folgendes hiermit öffentlich erwidert:

1. Es wird abgelehnt, den Zweigverein Kulmbach des Zentralverbandes deutscher Brauer und Berufsgenossen als die allein zur Vertretung der Arbeitnehmer berufene Korporation anzuerkennen.
2. Es wird ferner abgelehnt, alle Unterhandlungen, welche zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse notwendig werden sollten, durch eine aus der Mitte jenes Zweigvereins gewählte Lohnkommission zu führen. Mit der Einsetzung einer Lohnkommission dahier könnten die Unterzeichneten sich nur dann bestreuen, wenn dieselbe ungefähr folgendermaßen organisiert würde:
a) Die Kommission hätte zu bestehen aus einem Vorsitzenden und 8 Mitgliedern.
b) Den Vorsitz zu übernehmen wird der Herr Bürgermeister der Stadt Kulmbach, bezw. der Vorsitzende des dahier demnächst ins Leben tretenden Gewerbegerichts gesetzt.
c) Die 8 Mitglieder der Kommission werden je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählt.
d) Die 4 Arbeitgeber-Mitglieder werden von den hiesigen Brauerei- und Mälzerei-Besitzern bezw. Direktoren durch schriftliche Abstimmung gewählt.
e) Die 4 Arbeitnehmer-Mitglieder werden von den Vorsitzenden der Arbeiter-Ausschüsse der einzelnen hiesigen Etablissements gewählt. Zu diesem Zwecke treten die Vorsitzenden der einzelnen Arbeiter-Ausschüsse nach Bedarf zu einer Sitzung zusammen.
3. Zugestanden wird, daß die Zugehörigkeit zu dem Brauer-Verbande, gleichwie die Zugehörigkeit zu irgend einer anderen Arbeiterorganisation nicht zum Vorwande irgend welcher Benachtheiligung im Arbeitsverhältnis genommen werden darf.

Durch § 152 der Reichsgewerbe-Ordnung ist allen Arbeitern in Deutschland die uneingeschränkte Ausübung des Koalitionsrechtes gewährleistet. Einer weiteren Gewährleistung dieses Rechtes durch die Arbeitgeber bedarf es nicht.

4. Die 10stündige Arbeitszeit ist dahier fast in allen Brauereien und Mälzereien bereits seit vergangener Herbstzeit eingeführt. Wo sie noch nicht eingeführt ist, liegt eine Vereinbarung der Arbeitgeber mit den Arbeitern des betreffenden Etablissements zu Grunde, womit gleichzeitig eine entsprechende Lohnaufbesserung verbunden war. Die Sonntagsarbeit wird nach wie vor auf die dringend notwendigen und unaufschiebbaren Arbeiten beschränkt werden.
5. Abgelehnt wird die Einführung eines privaten Arbeitsnachweises für die Brauerei- und Mälzerei-Arbeiter dahier. Ein solcher ist vollkommen überflüssig, nachdem in hiesiger Stadt ein städtisches Arbeitsamt mit adäquatem Arbeitsnachweis und mit Anschluß an die Arbeitsämter in anderen Orten Bayerns besteht und zur aufrechten Zufriedenheit funktioniert.
6. Auch die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den hiesigen Brauerei- und Mälzereibetrieben ist nicht notwendig, nachdem die beiden städtischen Kollegien dahier schon vor Wochen beschlossen haben, ein allgemeines Gewerbegericht (gewerbliches Schiedsgericht) einzurichten, das auf gesetzlicher Grundlage beruhen wird und das auch als Einigungsamt für Interessensstreitigkeiten thätig zu sein hat, wenn beide Parteien es anrufen. Zu solchen Gewerbegerichten und Einigungsämtern stellen bekanntlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch allgemeine direkte Wahl die gleiche Zahl von Beisitzern, die unter dem Vorhitz eines von der Stadtvertretung gewählten Untervorsitzenden thätig sind. Hierdurch wird im Interesse beider Theile leichter, besser und rascher eine Einigung oder ein Schiedsgericht erzielt, als durch ein privates Schiedsgericht, das jeder gesetzlichen Grundlage entbehren wird.
7. Was die gewünschte Lohnerhöhung betrifft, so erklären die Unterzeichneten ihre Bereitwilligkeit, eine Erhöhung der zur Zeit dahier geltenden Durchschnittslöhne einzutreten zu lassen. Die nähere Vereinbarung hierüber, sowie auch die Vereinbarungen über Nebenfragen, wie z. B. Lohnzahlungsfristen, Abschaffung des Feiertags und der Weihnachtsgeschenke, Vergütung für Ueberstunden etc. wären der unter Ziffer 2 vorgeschlagenen gemeinschaftlichen Lohnkommission anheimzustellen.
8. Gerne wird unsererseits anerkannt, daß in der Zuschrift des Zweigvereins Gewaltmaßregeln zur Durchsetzung der gestellten Forderungen nicht angedroht werden. Aber in der am 8. d. Mts. im Vereinshause dahier abgehaltenen Versammlung, in der jene Forderungen formuliert wurden, sowie auch in der Versammlung vom 19. d. Mts. ist der Streik in Aussicht gestellt worden, und vor dem

ersten Versammlung hat in einer privaten Besprechung Herr Ebel aus Nürnberg sogar die Inverusserklärung des Kulmbacher Bieres durch seine Gefinnungsgenossen in norddeutschen Städten an die Wand gemalt. Auch in einem in diesen Tagen im sozialdemokratischen Hauptorgam „Vorwärts“ erschienenen Artikel, betitelt: „In der alten Bierstadt Kulmbach“, heißt es am Schlusse wörtlich: „Die Forderungen sollen möglichenfalls mit Hilfe des Streiks durchgeführt werden. Es wird gebeten, jetzt schon den Zugzug fernzuhalten.“

Diese Drohungen sind deutlich, verfehlen aber den Eindrud bei den Unterzeichneten vollständig; denn wir kennen unsere in der großen Mehrzahl maßvoll und ruhig denkenden, braven, tüchtigen und treuen Kulmbacher Arbeiter viel zu gut, als daß wir befürchten könnten, daß sie sich durch auswärtige Agitatoren, welche die hiesigen Verhältnisse so gut wie gar nicht kennen, zu Gewaltmaßregeln verleiten lassen.

Die deutsche Industrie einschließlich der hiesigen hat zur Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wir können nicht glauben, daß unsere Arbeiter diese Schwierigkeiten noch vermehren wollen. Nach unserer unerschütterlichen Ueberzeugung würde dies nicht im Interesse des weiteren Gedeihens der hiesigen Industrie, nicht im Interesse der tüchtigen, fleißigen Arbeiter und am allerwenigsten im Interesse der braven Familien liegen.

Kulmbach, 21. Januar 1901.

Die freie Vereinigung der Kulmbacher Brauereien und Mälzereien.

Unterzeichnet von 27 Brauerei- und Mälzereileitungen.

Zunächst deutet die Art, wie sich die Herren die Zusammenziehung der Lohnkommission und die Unterhandlungen denken, nur auf eine Verschleppung der Sache und darauf hin, den alten „unbeschränkten Herrenstandpunkt“ durchaus zu erhalten und sich diesen bei den Unterhandlungen zum Nachtheil der Arbeiter möglichst zu Nutzen zu machen. Besonders der Abt. c Ziffer 2 ist darauf zugeschnitten. Einmal genießen die bisherigen Arbeiterschüsse der einzelnen Betriebe das Vertrauen der Arbeiter nicht und mangelt es ihnen auch an der nötigen Energie und gutem Willen, was ja die bisher bestandenen Verhältnisse und Kommissionen beweisen. Die Thatsache allein, daß die Herren diese Form der Arbeitervertretung wünschen, beweist zur Genüge, daß ihnen diese Form am angenehmsten ist. Und was den Herren angenehm ist, wirkt bei den Arbeitern in der Lohnfrage ganz natürlicher Weise ins Gegenteil. Lediglich allein deshalb, weil die Herren glauben, am besten dabei zu fahren und den Arbeitern am wenigsten gewähren zu brauchen, lehnen sie die Organisation als berufene Korporation zur Vertretung der Arbeitnehmer, sowie eine aus deren Mitte gewählte Kommission zur Unterhandlung ab. Wo bleibt aber hier die Konsequenz, wo bleibt das gleiche Recht? Wie würden sich die Herren Arbeitgeber entrichten, wenn man ihre Organisation nicht als die „berufene Korporation“ zur Vertretung der Interessen der Besitzer anerkennen würde, so auch die Kulmbacher „Freie Vereinigung“ oder den „Deutschen Brauerbund“! Oder, Bauer, ist das etwas Anderes? Und wenn nun die organisierten Arbeiter den Spieß umdrehen und sich auch Beliebige heraussuchen wollten, etwa auch Solche, die gar nicht in der Organisation der Arbeitgeber sind, mit ihnen Vereinbarungen zu treffen, die dann für die ganze Arbeitgeber-Organisation Gültigkeit haben sollten? Eine Unverschämtheit würde man es nennen. Die organisierten Arbeiter werden Alles aufbieten, um eine Verständigung und eine gerechte Berücksichtigung ihrer Wünsche herbeizuführen; sollte es nicht möglich sein, so tritt die Verantwortung die Arbeitgeber allein.

Man giebt in dem „Aufruf“ auch an, daß es einer weiteren Gewährleistung des Koalitionsrechtes durch die Arbeitgeber nicht bedarf, da die Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation irgend welche Benachteiligung im Arbeitsverhältnis nicht nach sich ziehe. Die verschiedenen Maßregelungen von Verbandsmitgliedern und ähnliche Benachteiligungen bewiesen bis her das Gegenteil, trotz des laut Gesetz gewährleisteten Koalitionsrechtes. Von der unter 4 behaupteten Lohnverbesserung, die eingetreten sein soll, wissen die Kulmbacher Brauereiarbeiter leider nichts. Wie der städtische Arbeitsnachweis funktioniert, darüber gehen die Meinungen sehr sehr auseinander. Mit der „allseitigen Zufriedenheit“ seiner Funktion ist nur die Zufriedenheit der Arbeitgeber gemeint. Hat man schon ein solches Urtheil von den Arbeitern auch gehört?

Die Hauptfächer in dem „Aufruf“ sind jedoch die Schlusssätze in Fettdruck, die wir nicht widerprochen lassen können. Hier sind es auf einmal die „maßvoll und ruhig denkenden, braven, tüchtigen und treuen Arbeiter“; zu Zeiten werden dieselben hier und da „Bauernrammel“, „Herbergswagabunden“, „Spitzhaken“ und „Paß“ genannt. Welchen Umschwung doch solche Umstände zeitigen können! Doch sind wir sicher, daß diese „gute Meinung“ von den Arbeitern auch nur so lange anhalten würde, bis die „Gefahr“ vorüber ist. Aber den Kollegen in Kulmbach wird hiermit dokumentiert, daß man sie als organisierte Arbeiter respektiert, sie aber durch diese Lobeshymnen von der wirksamen Vertretung ihrer Interessen abbringen und einschläfern sucht. Die Kollegen werden die nötigen Konsequenzen daraus ziehen und die Organisation nicht nur hochhalten, sondern immer noch mehr stärken, damit der Respekt sich auch erhält. Protestieren müssen wir jedoch entschieden gegen die Unterstellung, als ob auswärtige Agitatoren, welche die Verhältnisse gar nicht kennen, die Arbeiter zu Gewaltmaßregeln verleiten wollten. Wer kennt

die Verhältnisse besser als die Arbeiter selbst und diese allein haben auf Grund dieser Verhältnisse, deren Wirkungen sie täglich am eigenen Leibe spüren, die Forderungen gestellt. Die „auswärtigen Agitatoren“ erfüllen lediglich Menschenpflicht, die Arbeiter in ihren gerechten Forderungen zu unterstützen und zum möglichst guten Abschluß zu bringen. Wenn aber die Arbeitgeber durch mancherlei erkennbare Maßnahmen die Forderungen zu vereiteln, zu hinterzwecken suchen, wenn dann einmal „Gewaltmaßregeln“ eintreten sollten, dann haben sie Rücksichtslosigkeit von der anderen Seite verschuldet. Im Uebrigen aber, wo ist hier wieder die Konsequenz? Kurz zuvor wird darauf hingedeutet, daß der § 152 der Reichsgewerbe-Ordnung schon die Koalitionsfreiheit gewährleiste und eine Anerkennung derselben seitens der Arbeitgeber nicht mehr nötig sei. Der § 152 der R.G.O. giebt den Arbeitern das Recht, sich zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen und insbesondere die Arbeit einzustellen. Ein durch Gesetz festgesetztes, erlaubtes und anerkanntes Recht kann man doch nicht gut „Gewaltmaßregeln“ nennen, und vor allen Dingen dann nicht, wenn Derjenige, welcher sich als letztes Mittel der „Gewaltmaßregeln“ bedient, in der vollständig rechtmäßigen und äußerst notwendigen Wahrung seiner Interessen sich befindet. Eine gleiche Konsequenz ist dieses wie die, wenn die Herren das gesetzliche Recht der Vereinigungen der Arbeiter zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen ausdrücklich anerkennen und in gleichem Athemzuge dieselbe, nach gesetzlichem Recht gegründete Organisation zur Vertretung der Arbeiter bei der Erlangung besserer Arbeitsbedingungen nicht anerkennen. Wenn man sich also so besonders auf das Gesetz stützt, dann richte man sich vor allen Dingen selbst darnach. Zum Schlusse weisen die Herren auf die Schwierigkeiten hin, mit denen die deutsche, sowie die Kulmbacher Industrie zu kämpfen hat, und welche angeblich die Arbeiter noch vermehren wollen. Nun fragt es sich, was die Herren unter diesen „Schwierigkeiten“ verstehen: die Bemilligung der Forderungen oder die „Gewaltmaßregeln“. Wenn sie das letztere meinen, so liegt es ja vollständig in ihrer Hand, diesen Schwierigkeiten zu begegnen, indem sie sich mit den Arbeitern über die Forderungen verständigen. Sollte aber die Bemilligung der Forderungen die Schwierigkeiten schaffen, so ist es „unserer unerschütterlichen Ueberzeugung“, daß die volkswirtschaftliche Erkenntnis bei ihnen gleich Null ist, oder die Herren ein Spiel mit Worten treiben, Ursache und Wirkung verwechseln, oder aber der persönliche Eigennutz soweit ausgeprägt ist, daß sie dabei übersehen, welchen — zweifelhaften Standpunkt sie in der Abwehr gegen die gerechten Forderungen der Arbeiter einnehmen.

Unumstößlich fest steht, daß auf dem flotten Stoffwechsel, auf der Kaufkraft des Volkes, die Blüthe der Industrie beruht. Wenn die Arbeiter schlechte Löhne haben, können sie wenig Waaren kaufen und die Industrie hat nicht genügend Abnehmer, um sich zu entwickeln, zu florieren. Das Bier ist ein Konsumartikel namentlich des arbeitenden, aber besser bezahlten Volkes. Die Brauereibesitzer haben ein Interesse an gut entlohnenden Arbeitern, dem Bierkonsum wird durch die hohen Geschäftsgewinne der Besitzer gar nichts geholfen, wenn die Arbeiter schlecht entlohnt werden. Ein Industriezweig kann aber nicht gut verlangen, daß nur die anderen Industriezweige gute Löhne zahlen, um doppelten Nutzen zu ziehen. Einmal durch die in Folge höherer Löhne in anderen Industriezweigen große Nachfrage nach seinem Produkt und für's zweite durch die in eigenen Betrieben üblichen niedrigen Löhne. Das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch höchst gefährlich, denn schließlich würden Alle diese Ansicht theilen, die Kaufkraft des ganzen arbeitenden Volkes unterbinden und vorbei wäre es mit der Blüthe der Industrie. Wenn also ein Industriezweig wie die Brauindustrie auf gute Löhne in anderen Industriezweigen angewiesen ist, dann ist es mindestens verdammt Pflicht und Schuldigkeit, selbst gute Löhne zu zahlen. Das thun viele und unter diesen die Kulmbacher Brauereibesitzer nicht, sie entziehen sich der moralisch-geschäftlichen Verpflichtung und schaffen selbst die größten „Schwierigkeiten“, mit welcher die Industrie zu kämpfen hat — die mindere Kaufkraft des arbeitenden Volkes. Denn wenn alle jetzt Bier konsumierenden Arbeiter so schlecht bezahlt würden, als die Kulmbacher Brauereiarbeiter, dann würde es mit der deutschen Brauindustrie im Allgemeinen und mit der Kulmbacher im Besonderen verunsichert schlecht bestellt sein und — wo wären unsere 70 Millionen Hektoliter Bierproduktion, wo wären die schönen Geschäftsgewinne der Besitzer, wo mancher Industriezweig überhaupt!

Der Lohn der Kulmbacher Brauereiarbeiter beträgt von 9 Mark die Woche bis 70 Mark monatlich, ohne die Vorkarbeiter. Nehmen wir einmal den höchsten Satz von 70 Mk. = im Jahr 840 Mk. Die Wohnungen kosten 100—200 Mk. Nehmen wir nur 140 Mk. für Wohnung und 100 Mk. für nötigste Kleidung, Schuhwerk, Wäsche, so bleiben noch 600 Mk. oder pro Tag 1 Mark 64 Pfennige. Damit kann vielleicht ein lediger hungernd leben, wenn er diese „Kunst“ schon erlernt hat, wie aber eine Familie damit auskommen soll, die neben dem Lebensunterhalt auch noch eine ganze Menge anderer notwendiger Wirtschaftsausgaben zu bestreiten hat, ist wohl Gemeinlich der Herren.

Diese Möglichkeit würden wir erst einsehen, wenn es uns die Arbeitgeber einmal selbst vor-machten. Was machen aber Die, welche 60, 50 und 40 Mark Lohn haben, also pro Mann oder Familie und pro Tag ca. 1,37, bezw. 1,10, bezw. 82 Pfennig nach Abzug der Wohnung und Kleidung? Und dabei sind die Lebensmittel und Gebrauchartikel so theuer wie in den Großstädten, nur Fleisch ist theilweise etwas billiger, doch werden die Arbeiter wohl kaum in die Lage kommen, diese „billigen“ Produkte zu konsumieren. Es ist ein hartes, aber hier zutreffendes Wort: Auf dem Elend und dem Hunger der Arbeiter ist die Wohlhabenheit und der Reichtum der Herren aufgebaut.

Die Herren sind nach ihrem „Aufruf“ so sehr um die Wahrung der „Interessen“ der tüchtigen, fleißigen Arbeiter und der braven Familie besorgt. Bisher haben sie dieses nur bekundet, daß sie Leute, die 4 bis 18 Jahre im Betriebe thätig waren, — rücksichtslos auf's Pflaster warfen. Wir verstehen unter Wahrung der Interessen etwas ganz Anderes: Die Gewährung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen! Hic Rhodus, hic salta.

Korrespondenzen.

Wschaffenburg. Am Sonntag, den 3. d. Mts., fand im Gasthaus zum Stiß unsere Monatsversammlung statt, welche sehr gut besucht war und Beschlüsse bezüglich des Stistungsfestes faßte, sowie die Wahl einer Kommission vollzog.

Am Sonnabend, den 12. d. Mts., fand im Saale zur Stadt Mainz unser sehr gut besuchtes Stistungsfest statt. Nach einem Vortragsvortrag des Arbeiter-Vereins sprach Kollege Germani den sinnig verfaßten Willkommengruß, worauf Herr Graf-Frankfurt die Festrede hielt. Auch der Athleten-Klub „Germania“ that sein Mögliches, um den Abend zu verschönern. Dann folgte der Tanz, welcher allerdings bis in die frühen Morgenstunden dauerte. 10 Uhr früh fand dann im „Stiß“ Frühlingsessen statt. Die Zahlstelle Wschaffenburg kann mit Befriedigung auf ihr 6. Stistungsfest zurückblicken, das Komitee hatte seine Schuldigkeit gethan. Kollege Germani überreichte dem Vorsitzenden Hochrein ein prachtvolles Ehren-geschenk.

Berlin. (Sektion der Brauer.) Versammlung vom 20. Januar. Herr F. Stenz hielt einen Vortrag über Division und kennzeichnete dabei mit aller Wünschenswerthen Deutlichkeit diese Barbarei als einen Schandfleck für unsere heutige Wissenschaft, indem er zugleich auf die Folgen hinwies, die diese Greuel bei Arbeitern und damit natürlich auch für die Patienten haben müssen. Zum besseren Verständniß dieser ganzen Frage wurden im Saale Flugblätter verbreitet, sowie einige sich mit Division besassende Schriften der Bibliothek überwiesen. Hierauf gab der Kollege Gärtner den Kassenbericht für das Jahr 1900 mit Angabe aller einzelnen Posten. Die Revisoren erklärten, daß die Buch- und Kassenführung eine musterhafte zu nennen sei und auch der Vorsitzende des Verbandsausschusses betonte, daß die Lage des Verbandes eine glänzende wäre, wenn überall die gleiche Ordnung herrschte. Es zeugte am besten von dem guten Gedeihen des hiesigen Vereins, daß unsere Sektion im verflochtenen Jahre fast 1000 Mk. mehr an die Hauptkasse abführte, als im vorhergehenden. Demgemäß wurde dem Kassierer Decharge erteilt. — Das Ausliegen der Restantenliste in der Versammlung hatte den guten Zweck, daß sich schleunigst die meisten der Säumnigen zur Bezahlung entschlossen und sich also ein Verlesen der Liste erübrigte. Da immer noch einzelne Kollegen Lust bezeugen, ihre Privatstreitigkeiten in die Versammlungen hineinzutragen, sei diesen nochmals empfohlen, wenn ihre Streitigkeiten überhaupt mit dem Verbandsvergehen welchem Zusammenhang stehen, dieselben doch zuerst dem Vorstande zu unterbreiten. Anmeldungen, Eintritte, Abmeldungen, die schnell befördert werden sollen, sind stets nur an den ersten Vorsitzenden Kollegen L. Godapp, Wöhrstraße 13, 2. Et., Weihensee, zu richten. Zum Schluß machte das Vergnügungskomitee noch auf den am 23. Februar in der Unionbrauerei stattfindenden Maskenball aufmerksam.

Darmstadt. Am Sonntag, den 13. Januar, tagte im Saale der Brauerei „Zum grünen Baum“ unsere diesjährige Generalversammlung. Zum 1. Punkt erprobte Kollege Pfeiff den Kassenbericht. Derselbe wurde für richtig befunden und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Es fanden im vergangenen Jahre 11 Mitglieder-Versammlungen und eine öffentliche Versammlung statt. In der Brauerei „Zum grünen Baum“ wurde der Arbeitsvertrag mit einigen kleinen Verbesserungen auf weitere 2 Jahre verlängert. Da so viele indifferente Kollegen hier am Orte sind, waren keine weiteren Erfolge zu verzeichnen, trotzdem es in vielen Geschäften noch viel zu wünschen übrig läßt. Bei der Wahl gingen hervor: D. Böhm als 1., F. Kirchgauer als 2. Vorsitzender, K. Pfeiff als Kassierer, M. Schäfer als Schriftführer, J. Vogel, Werben und Grant aus Groß-Gerau als Revisoren, Kirchgauer und Pfeiff als Kartell-Delegierte. Von der Wahl eines zweiten Kassierers und zweiten Schriftführers wurde Abstand genommen. Vertrauensmann von Groß-Gerau ist Kollege Steil. Unter „Verschiedenes“ wurden Differenzen unter einigen Kollegen zur Sprache gebracht, worüber eine heftige Debatte geführt wurde. Es wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß derartige Angelegenheiten geeignet sind, größere Zwistigkeiten unter den Kollegen hervorzurufen und sich dadurch selbst zu schädigen. Es wurde hierin eine Einigung erzielt und ist die Angelegenheit als beigelegt zu betrachten. Ferner kam man auf die Entlassung von drei Kollegen in der Brauerei von Gebr. Wiener zu sprechen, mit deren Angelegenheit wir uns in der letzten Versammlung schon befaßten, wo die Entlassungen als Maßregelung betrachtet wurden, zumal einen Tag zuvor Revision im betreffenden Geschäft durch den Fabrik-Inspektor vorgenommen wurde. Für uns ist es außer Zweifel, daß die Betroffenen aus diesem Grunde entlassen wurden. Es wurde der Vorstand in der damaligen Versammlung beauftragt, Schritte einzuleiten, um die betreffenden Kündigungen rückgängig zu machen zu suchen. Auf eine Anfrage bei den Herren Wiener durch den Kollegen Kirchgauer, der von uns beauftragt war, gaben dieselben in antwortlicher Form die Versicherung, daß bei Bedarf die Kollegen wieder eingestellt würden, was die Herren aber nicht hielten. Getadelt wurde in der Versammlung das Verhalten des Vorstandes, und war man der Ansicht, daß, wenn derselbe sich der Sache besser angenommen hätte, ein anderer Ausgang erzielt worden wäre. Wenn er nicht selbst kommen konnte, hätte er doch Ersatz schicken können.

Dortmund. Generalversammlung vom 6. Januar. Aufnehmen ließen sich 4 Kollegen und 2 umschreiben. Nach dem Bericht des Vorsitzenden Kollegen Wölling fanden 12 Mitglieder-Versammlungen statt. In einer derselben referierte Kollege Leibig über Arbeiterschütz und besitzende Klassen. Ferner 6 Vorstandsthatungen, die meisten wegen Stellungnahme zu Maßregelungen und Aufbesserung der Löhne, ferner zwei öffentliche Versammlungen, eine in Dortmund und eine in

